



Abenomics und die Wachstumsperspektiven Japans

VON RISABURO NEZU

Oktober 2013

Shinzo Abes Erblast: Zwei verlorene Jahrzehnte

Vor der Ernennung von Shinzo Abe zum Premierminister von Japan im Dezember 2012 litt Japan zwei Jahrzehnte lang unter wirtschaftlicher Stagnation und Deflation. Diese wirtschaftliche Malaise hatte unmittelbar nach dem Platzen der Immobilien- und Aktienblasen in den 1990er Jahren eingesetzt. Im November 2012 stand die Tokioter Börse bei rund 8 000 Punkten – weniger als ein Viertel ihres Höchststandes aus dem Jahr 1989. Die Immobilienpreise in städtischen Geschäftsvierteln betragen nur noch ein Fünftel früherer Höchststände. Während dieser zwei Jahrzehnte betrug das reale Wirtschaftswachstum weniger als ein Prozent pro Jahr, und die Inflationsrate fiel nach der globalen Finanzkrise von 2008 ins Negative. Besonders frustrierend für die japanische Wirtschaft war die grassierende Aufwertung des Yen, die sich trotz des schwachen Wachstums sowie der Erdbeben- und Tsunamikatastrophe vom März 2011 weiter beschleunigte. Nach seiner Wahl drängte Abe die Bank of Japan, eine unerschrockene Lockerung der Geldpolitik zu betreiben, um damit sowohl eine Schwächung des Yens als auch steigende Börsenkurse zu bewirken.

Die kurzlebige Begeisterung über *Abenomics*

Die neue Wirtschaftspolitik der Regierung Abe führte zu zwei Ergebnissen, die über das Erwartete hinausgingen. Indem er die Bank of Japan dazu drängte, einen Kurs der geldpolitischen Lockerung einzuschlagen, ist es Premierminister Abe gelungen, sowohl einen schwächeren Yen als auch das Anziehen des Aktienmarktes zu erreichen. In nur sechs Monaten seit dem Herbst des Jahres 2012, als es wahrscheinlich wurde, dass Shinzo Abe nächster Premierminister werden könnte, zog der

Dollar um 25 Prozent gegenüber dem Yen an. Der Nikkei-Aktienindex stieg von 8 600 auf über 15 000 Punkte im Mai 2013. Der bisherige Gouverneur der Bank of Japan, Masaaki Shirakawa, ließ sich nur zögerlich auf den neuen Kurs einer aggressiven Lockerung der Geldpolitik ein und wurde durch Haruhiko Kuroda ersetzt, der bereits seit einiger Zeit für eine Strategie der quantitativen Expansion eingetreten war. Dies sorgte für die Durchsetzung der gewünschten Geldpolitik. Sie bedeutete eine Erleichterung für die japanische Exportindustrie, die über Jahre hinweg unter der Stärke des Yen gelitten hatte. Die Gelegenheit schien günstig, höhere Unternehmensgewinne zu erzielen. Gleichzeitig kurbelten die steigenden Aktienkurse den Verbrauch an. Im Mai 2013 sah es ganz danach aus, als käme nun endlich ein ökonomischer Positivkreislauf in Gang.

Doch am 23. Mai fing alles an, sich wieder rückwärts zu bewegen. Die Aktienkurse fielen innerhalb von weniger als einem Monat auf 13 000 Punkte zurück. Der Kurs des Yen stieg wieder – von zuvor 103 Yen pro Dollar auf nunmehr 93 Yen pro Dollar. Noch überraschender war, dass, ungeachtet der Politik der quantitativen Lockerung in diesem Zeitraum, die langfristigen Zinsen von 0,3 Prozent auf 0,8 Prozent anstiegen. Nach seinen ersten beiden »Pfeilen« – die ultralockere Geldpolitik und die Konjunkturpakete – schoss Premierminister Abe im Juni auch seinen dritten Pfeil ab. Aber dieser dritte Pfeil, ein Programm von strukturellen Reformen, vermochte die Märkte nicht davon zu überzeugen, dass die japanische Wirtschaft langfristige Wachstumsperspektiven bietet. Die am dringendsten gewünschten Reformen wie etwa die Liberalisierung der Landwirtschaft, des Arbeitsrechts und der medizinischen Dienstleistungen wurden nicht auf den Weg gebracht. Die Tokioter Aktienkurse fielen sogar noch weiter. Daraufhin kündigte Premierminister Abe für die zweite Jahreshälfte hastig weitere Reform-

initiativen an. In Aussicht gestellt wurden Steuersenkungen für Unternehmen und Investitionsanreize.

Risikofaktoren von *Abenomics*

Aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive birgt die Strategie der *Abenomics* einige schwerwiegende Risikofaktoren. Zunächst ist die Frage zu stellen, ob ein schwächerer Yen sowie steigende Aktienkurse die japanische Wirtschaft tatsächlich voranbringen. Sicherlich bedeutet ein schwächerer Kurs des Yen Gewinne für exportierende Unternehmen – aber was bedeutet er für die Einfuhren nach Japan? Die Preise für Benzin und importierte Lebensmittel sind bereits gestiegen. Für das Haushaltsjahr 2012 belief sich der Wert der japanischen Exporte auf 64 Billionen Yen, der Wert der japanischen Importe auf 72 Billionen Yen. Da die Einfuhren die Ausfuhren bereits um acht Billionen Yen übertreffen, ist ein schwächerer Yen schädlich für die japanische Wirtschaft. Und umgekehrt: Weil ein hoher Anteil japanischer Einkünfte – Dividenden und Zinsen auf Finanzanlagen wie Aktien und Anleihen sowie Fabriken und Büros japanischer Unternehmen im Ausland – in Fremdwährung abgerechnet wird, erhöht sich der Wert dieser Einkünfte auf Basis des Yen, wenn er zu einem schwächeren Yen-Kurs umgewandelt wird. Kombiniert man all diese verschiedenen Faktoren, dann wird klar, dass der schwächere Yen aufs Ganze gesehen fast keine Wirkung hat. Über einen längeren Zeitraum könnte es zwar gut möglich sein, dass ein schwächerer Yen den japanischen Export und schließlich die gesamte Wirtschaft anzukurbeln vermag. Doch in welchem Umfang dies geschehen wird, ist nicht abzusehen. Japans Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes produzieren mittlerweile lieber direkt vor Ort im Ausland, als Güter in Japan selbst herzustellen und diese dann auszuführen. Der Vorteil eines billigeren Yen dürfte daher sehr viel geringer ausfallen als erwartet.

Kein Ende der Deflation in Sicht

Der zweite Risikofaktor besteht darin, dass ein schwächerer Yen und steigende Aktienkurse allein nicht unbedingt geeignet sind, die Deflation zu beenden. Ein schwächerer Yen führt zu höheren Preisen für importierte Waren, die wahrscheinlich bis zu einem gewissen Grad auf die Verbraucher umgelegt werden. Bis zu welchem Grad sie tatsächlich auf die Verbraucher umgelegt werden, hängt

davon ab, wie weit die Preise steigen können, ohne die Umsätze zu beeinträchtigen. Das Einkommen der einfachen Arbeitnehmer, das 60 Prozent des japanischen Bruttoinlandsprodukts ausmacht, ist in den vergangenen 15 Jahren kontinuierlich gesunken – gegenüber dem Jahr 1998 um 13 Prozent. Ob Produkte nun importiert oder im Inland hergestellt werden: Wenn ihre Preise steigen, dann schränken die Verbraucher ihre Ausgaben einfach weiter ein. Weil es aus diesem Grund unmöglich ist, Preiserhöhungen am Markt durchzusetzen, wird sich die Deflation nicht beseitigen lassen.

Die Löhne steigen nicht

Der dritte Risikofaktor betrifft die Löhne. Wenn die Auswirkungen einer Deflation wettgemacht werden sollen, ist es wichtig, dass die Einkommen der normalen Verbraucher – also ihre Löhne – steigen. Aus diesem Grund haben Premierminister Abe und seine wichtigsten Minister die Führer der japanischen Wirtschaft aufgerufen, die Löhne zu erhöhen. Dies scheint etliche große Unternehmen veranlasst zu haben, ihre Bonuszahlungen heraufzusetzen, doch die Grundeinkommen ihrer Arbeitnehmer erhöhen sie nur ungern. Da die Bedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen noch immer schwierig sind, ist die allgemeine Erhöhung der Löhne in diesem Jahr zu vernachlässigen. Darüber hinaus sind die Aussichten für das nächste Jahr und die weitere Zukunft ungewiss. Wenn die Preise steigen, zugleich aber die Löhne nicht mitwachsen, kommen die Menschen noch schwerer über die Runden als zuvor – und die Entwicklung der Gesamtwirtschaft dürfte sich weiter verlangsamen.

Beim Thema Steuern schweigen die *Abenomics*

Im Januar beschloss die Regierung Abe den Nachtragshaushalt für das Fiskaljahr 2012. Dieser enthielt zehn Billionen Yen (75 Mrd. €) für den Bau öffentlicher Infrastruktur sowie weitere Ausgaben zur Stärkung der einheimischen Wirtschaft. Diese Maßnahme, der sogenannte zweite Pfeil der *Abenomics*, wurde möglich durch die Ausgabe von fünf Billionen Yen japanischer Staatsanleihen. Der Zinssatz dieser Staatsanleihen stieg im März und April. Für das Haushaltsjahr 2013 beträgt der Staatshaushalt insgesamt 93 Billionen Yen, von denen 43 Billionen Yen (oder 46 Prozent) durch Schulden finanziert werden.

Dies entspricht neun Prozent des japanischen Bruttoinlandsprodukts.

Abe muss einen plausiblen Plan vorlegen, um Japans Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen, die schon jetzt doppelt so hoch ist wie das Bruttoinlandsprodukt des Landes. Die offizielle Position der japanischen Regierung lautet, dass sie weiterhin den Plan verfolgt, das Primärdefizit zu beseitigen und bis 2020 einen positiven Primärsaldo zu erreichen. Dieser Plan wurde von der vorherigen Regierung beschlossen, aber bereits jetzt ist die Regierung Abe von diesem Kurs abgewichen, um mit zusätzlichen Ausgaben von fünf Billionen Yen den »zweiten Pfeil« der *Abenomics* zu finanzieren. Premierminister Abe hat versprochen, im Herbst dieses Jahres seine eigene Finanzplanung vorzulegen. Am 1. Oktober 2013 kündigte er tatsächlich an, dass die Verbrauchssteuer im April des Jahres 2014 von fünf auf acht Prozent angehoben wird. Noch offen ist hingegen, ob diese dann im Oktober 2015 weiter auf zehn Prozent steigen wird. Beide Schritte zusammen könnten größere Spielräume für eine Verringerung des Defizits schaffen. Trotzdem stellt die Wiederherstellung eines ausgeglichenen Primärhaushalts innerhalb von sechs Jahren ein anspruchsvolles Ziel dar.

Damit dies gelingen kann, wären größere Steuererhöhungen sowie Ausgabenkürzungen notwendig. Die Einsparungen würden sich aus der Straffung und Kürzung von Sozialprogrammen ergeben. Auf der Einnahmeseite ist es denkbar, die Mehrwertsteuer von zehn Prozent weiter auf 15 oder 20 Prozent zu erhöhen. Weiterhin werden Erhöhungen der Erbschaftssteuer und der Einkommensteuer erörtert. Alle diese Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen dürften voraussichtlich die konjunkturelle Entwicklung schwächen und sollten deshalb nur in die Tat umgesetzt werden, wenn die Wirtschaft stark genug ist, die Last zu schultern.

Steht Japan das Schicksal von Griechenland und Portugal bevor?

Angesichts dieser düsteren Aussichten argumentieren manche Ökonomen und Experten in der japanischen Regierung, dass Japan in eine ähnliche Lage wie Griechenland und Portugal geraten könnte, sofern nicht sehr bald mutige Maßnahmen ergriffen würden, um das Defizit zu senken. Zwei von Shinzo Abes Vorgängern, die ehemaligen Premierminister Naoto Kan und Yoshihiko Noda von

der Demokratischen Partei Japans, vertraten diese Auffassung. Beide waren Finanzminister gewesen, bevor sie Premierminister wurden.

Seit langer Zeit existieren im Hinblick auf das japanische Haushaltsdefizit – das weltweit größte sowohl in absoluten Zahlen als auch im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt – zwei scharf entgegengesetzte Ansichten. Die eine Denkschule macht geltend, dass ein derartig großes Defizit eine unmittelbare Bedrohung für die japanische Wirtschaft darstellt. Die Vertreter dieser Ansicht, vor allem Beamte aus dem Finanzministerium, glauben an einen ausgeglichenen Haushalt und sprechen sich dafür aus, sobald wie möglich Steuererhöhungen sowie die Kürzung von Sozialprogrammen durchzusetzen. Sie befürchten, Japan werde Griechenland und Portugal in den ökonomischen Abgrund folgen, sofern nicht sofort Maßnahmen ergriffen werden, um das Haushaltsdefizit des Landes unter Kontrolle zu bringen.

Die andere Denkschule räumt zwar ein, dass das aktuelle Haushaltsdefizit langfristig womöglich Schaden anrichten werde, erkennt aber keinen unmittelbaren Grund zu größerer Sorge. Zur Begründung heißt es, dass das japanische Haushaltsdefizit vollständig durch inländische Ersparnisse finanziert werde. Tatsächlich legt der japanische Privatsektor – Haushalte wie Unternehmen – Ersparnisse in Höhe von zehn Prozent des japanischen Bruttoinlandsprodukts beiseite, während die Regierung Kredite in Höhe von acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufnimmt. Die restlichen zwei Prozent werden als Leistungsbilanzüberschuss ins Ausland geschleust. Dies ist das komplette Gegenteil der Situation in südeuropäischen Ländern wie Griechenland oder Portugal, die große Kredite im Ausland aufnehmen, um ihre Haushaltsdefizite zu finanzieren. Der Zinssatz für japanische Staatsanleihen ist der niedrigste der Welt. Die These, die Lage in Japan sei so ähnlich wie die in den südeuropäischen Ländern, erscheint wenig überzeugend.

Diese Debatte zwischen Verfechtern von Haushaltsdisziplin einerseits und Protagonisten von Wirtschaftswachstum andererseits ähnelt der Diskussion, die derzeit in Europa geführt wird. Zwar vertreten viele Wirtschaftswissenschaftler die Ansicht, dass die Mehrwertsteuer wie geplant erhöht werden solle, doch einige der engsten Berater Abes sind vorsichtiger. Sowohl Japan als auch die europäischen Ländern müssen sorgfältig berechnen, welche Auswirkungen die Alterung ihrer Gesellschaften

auf die öffentlichen Ausgaben haben. Viele Sozialprogramme einschließlich der Renten- und Krankenversicherungen müssen gestrafft und gekürzt werden, wenn die Steuern nicht in unerträglicher Weise ansteigen sollen.

Der Leistungsbilanzüberschuss schrumpft

Japan hat in den vergangenen vier Jahrzehnten stets Leistungsbilanzüberschüsse verzeichnet. Die Zusammensetzung dieser Überschüsse hat sich jedoch stark verändert. Bis in die Mitte der 1990er Jahre war ein Außenhandelsüberschuss – also Export abzüglich Import – der Hauptbestandteil des Leistungsbilanzüberschusses, aber seitdem hat sich dieser Handelsüberschuss langsam verringert. An seine Stelle sind japanische Auslandsvermögen getreten, die durch zunehmende Dividenden und Zinsen erwirtschaftet werden.

Seit dem Erdbeben und Tsunami vom 11. März 2011 ist Japan gezwungen, große Mengen von Gas zu importieren, um die Schließung seiner Kernkraftwerke auszugleichen. Folgerichtig weist seit 2011 die japanische Handelsbilanz rote Zahlen aus. Japans Leistungsbilanzüberschuss beträgt heute etwa ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts – im Vergleich zu fünf Prozent noch im Jahr 2007. Erstmals machen sich Ökonomen und Politiker Sorgen darüber, dass Japan früher oder später nicht mehr in der Lage sein könnte, sein Haushaltsdefizit mittels inländischer Ersparnisse zu finanzieren. Es ist für Japan zwingend notwendig, das Niveau seiner Staatsschulden auf ein erträgliches Maß zu verringern, bevor seine Leistungsbilanzüberschüsse ausgelöscht sein werden.

Ein Problem für Japans Banken

Eine massive Zunahme der Geldversorgung seitens der Bank von Japan galt dem Ziel, den Zinssatz zu senken, die Kreditaufnahme zu verstärken, Investitionen anzukurbeln und den privaten Konsum zu stimulieren. Das vorrangige Ziel der *Abenomics* besteht darin, die Deflation zu stoppen und eine bescheidene Inflationsrate von rund zwei Prozent pro Jahr zu erreichen. Da das allgemeine Preisniveau steigt, müssen die Zinsen ebenfalls steigen, was bedeutet, dass Inhaber japanischer Staatsanleihen Verluste erleiden werden. Da die Banken sowie andere Finanzinstitute einen hohen Anteil japanischer Staatsanleihen in ihren Bilanzen haben, können sie durch stei-

gende Zinsen in Banken Krisen gestürzt werden, die Ähnlichkeit mit den Krisen aufweisen würden, wie wir sie vor kurzem in Südeuropa erlebt haben: In Europa entwickelte sich das, was als Haushaltsproblem begonnen hatte, unmittelbar zu einer Bankenkrise weiter, weil viele europäische Banken eine erhebliche Menge an Staatsanleihen der Peripherieländer hielten. Wird sich die gleiche Bankenkrise auch in Japan ereignen? Vielleicht nicht. Die japanische Regierung wird immer in der Lage sein, die Zinsen für japanische Staatsanleihen zu begleichen und bei Fälligkeit deren Halter auszuzahlen. Sie kann, sofern erforderlich, das nötige Geld drucken lassen, da alle japanischen Staatsanleihen einschließlich derer, die von ausländischen Käufern gehalten werden, immer in japanischen Yen ausgewiesen sind.

Allerdings bedeutet dies nicht, dass für den japanischen Bankensektor überhaupt kein Problem besteht. Es ist eine offensichtliche Tatsache, dass der Löwenanteil der japanischen Staatsanleihen von japanischen Banken, Pensionskassen und anderen institutionellen Anlegern gehalten wird. Vieles deutet auf ein wahrscheinliches Sinken des Wertes japanischer Staatsanleihen hin, wodurch die Inhaber dieser Anleihen Verluste erleiden werden. Bereits jetzt sind die sogenannten Megabanken dabei, ihre Bestände an langfristigen japanischen Staatsanleihen zu verringern. Kleine, örtlich basierte Banken hingegen bleiben viel größeren Gefahren ausgesetzt, weil sie noch immer eine große Menge der Anleihen halten.

Keine Exit-Strategie in Sicht

Gegenwärtig gibt es keine klare Vorstellung davon, wie diese angeschwollenen Vermögenswerte wieder auf ein normales Niveau schrumpfen können. Haruhiko Kuroda, der Gouverneur der Bank of Japan, betonte öffentlich, es sei noch zu früh, um eine Exit-Strategie zu diskutieren. Es wird befürchtet, dass der Markt für japanische Staatsanleihen unter seinem eigenen Gewicht zusammenbrechen könnte. Dies wäre dann möglich, wenn Halter japanischer Staatsanleihen diese aus Angst vor plötzlichen Zinserhöhungen hastig verkaufen würden.

Angesichts der grundlegenden Prinzipien der *Abenomics*, die eine Geldentwertung von zwei Prozent herbeizuführen behauptet, ist es unvermeidlich, dass früher oder später die Zinsen steigen werden. Offen sind allerdings die Fragen, ob und auf welche Weise sich der

massive Ausverkauf japanischer Staatsanleihen vermeiden lässt. Es ist absolut notwendig, dass die Bank of Japan einen glaubwürdigen Plan dazu vorlegt, wie sie ihr Vermögensniveau in einer geordneten Art und Weise zu verringern gedenkt.

Der Erfolg der *Abenomics* hängt von Strukturreformen ab

Während die Ansichten über die Wirksamkeit geldpolitischer Lockerung und zusätzliche Ausgaben für öffentliche Investitionen geteilt sind, vertreten alle Wirtschaftswissenschaftler einhellig die Meinung, der wichtigste Bestandteil der *Abenomics* bestehe in ihrem »dritten Pfeil«: der strukturellen Reform. Dazu gehören Initiativen, die in die Interessen von Gewerkschaften, ärztlichen Standesorganisationen, Bauernverbänden und ähnlichen Institutionen eingreifen. Bisher hat Premierminister Abe die Einzelheiten seiner Reformvorhaben noch nicht offengelegt.

Derzeit führt Japan eine Reihe von handelspolitischen Verhandlungen mit der Europäischen Union, Kanada, Australien sowie Nachbarländern in Asien. Aber bei Weitem die wichtigsten Verhandlungen betreffen die Transpazifische Partnerschaft. Die Entscheidung von Premierminister Abe, an den Verhandlungen über die Transatlantische Partnerschaft teilzunehmen, wird von Unternehmensführern und Wirtschaftswissenschaftlern sehr begrüßt, von Politikerkollegen in seiner eigenen Partei dagegen vehement abgelehnt. Die Verhandlungen über die Liberalisierung des Handels treten in diesem Herbst in eine kritische Phase, wenn Premierminister Abe über die Liberalisierung der Einfuhr von Produkten entscheiden muss, die in der Vergangenheit mittels hoher Zölle oder anderer Barrieren geschützt waren. Dies betrifft Güter wie Reis, Rindfleisch, Schweinefleisch, Weizen und Zucker. Traditionell galt der Schutz dieser Güter als sakrosankt; kein bisheriger Premierminister hätte es jemals gewagt, ihren Status zu verändern. Aber mehr und mehr Menschen, darunter auch Landwirte, beginnen einzusehen, dass die japanische Landwirtschaft mit dem derzeitigen Regelwerk ohnehin nicht überleben kann. Wenn es Premierminister Abe glückt, die erneuerungsbereiten Landwirte auf seine Seite zu bringen, dann kann es sein, dass er genug Unterstützung gewinnt, um die Verhandlungen erfolgreich zu beenden. Eine derartige Liberalisierung wird zu mehr Wettbewerb in der japanischen Landwirtschaft führen und für innovative Land-

wirte ein Umfeld schaffen, in dem sie einen größeren Anteil des Marktes erobern und sogar ins Exportgeschäft einsteigen können.

Ein anderer Sektor, in dem mutige Reformen dringend notwendig sind, betrifft die Dienstleistungen auf dem Gebiet von Medizin und Pflege. Dieser Sektor ist viel größer als der der Landwirtschaft – und aufgrund der Alterung der japanischen Gesellschaft auch ein weiterhin stetig wachsender. Dieser Teil der japanischen Volkswirtschaft wird stark durch schwerfällige Vorschriften und Regelungen behindert, die sich heute nachteilig auf die Einführung neuer Technologien und Dienstleistungen auswirken. Zwar sind Japans Technologie und Ausrüstung auf diesem Gebiet international wettbewerbsfähig, doch nur sehr wenige Produkte sind auf dem einheimischen Markt zugelassen worden. Widerstand gegen Reformen auf diesem Gebiet leisten nicht nur staatliche Stellen, sondern auch praktische Ärzte und pharmazeutische Unternehmen, die im gegenwärtigen System eine beherrschende Stellung genießen. Sie besitzen die Mittel und die politischen Verbindungen, um – sofern sie dies wünschen – eine heftige Oppositionsbewegung gegen Reformen zu mobilisieren.

Ein weiterer Bereich, der viel Aufmerksamkeit verdient, ist der Arbeitsmarkt. Zwar ist es in Japan rechtlich möglich, Arbeitnehmer zu entlassen, doch hat sich dies in der Vergangenheit als sehr schwierig erwiesen. Gemäß den bestehenden Gesetzen gelten Entlassungen als das absolut allerletzte Mittel. Tatsächlich sind Entlassungen von mitten in ihrem Berufsleben stehenden Arbeitnehmern so gut wie unbekannt. Wenn ein solcher Fall vor Gericht gebracht wird, muss der Arbeitgeber nachweisen, dass das Unternehmen alle anderen Optionen ausgeschöpft hat, die eine Entlassung vermieden hätten. Dies ist eine unmögliche Aufgabe. Daher haben die japanischen Arbeitgeber begonnen, eine Änderung des Arbeitsrechts zu erarbeiten, die den Weg für Entlassungen bei finanzieller Abfindung ebnet. Dieser Vorschlag stößt allerdings auf den heftigen Widerstand der Gewerkschaften.

Auch die Stromwirtschaft wird im Laufe des kommenden Jahrzehnts große Veränderungen erleben. Ein Gesetz wurde bereits verabschiedet, das die gegenwärtig noch vertikal integrierten neun regionalen Monopole in stromerzeugende und netzbetreibende Unternehmen aufteilen wird. Neue Unternehmen erhalten das Recht, Strom zu produzieren und zu verkaufen – eine Maßnahme, die



den Wettbewerb im gesamten Strommarkt eröffnet. Es wird mehr Strom aus erneuerbaren Energiequellen wie Sonne, Wind, Biomasse und Geothermie geben. Dies wird sich für Japan als besonders vorteilhaft erweisen, da das Land nach der Schließung seiner Kernkraftwerke alternative Energiequellen finden muss, um die entstandene Versorgungslücke zu schließen.

Alle diese Reformen durchzusetzen, wird viel größere Anstrengungen notwendig machen als der Abschluss der beiden ersten »Pfeile« aus Shinzo Abes Köcher. Es bleibt abzuwarten, auf welche Weise Japans Premierminister sein politisches Kapital einsetzen wird, um seine Ziele zu erreichen.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Über den Autor

Risaburo Nezu ist Senior Executive Fellow am Fujitsu Research Institute.

ISBN 978-3-86498-684-0